Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Arbeitsgerichts und des Hauptzollamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamts, der Schulinspektion und des Stadtrats zu Bischofswerda behördlicherseits bestimmte Blatt

Neukirch und Umgegend

Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dicht verbreitet in allen Volksschichten.

Beilagen: Illustriertes Sonntagsblatt / Heimatkundliche Beilage / Frau und Heim / Landwirtschaftliche Beilage. — Druck und Verlag von Friedrich May, G. m. b. H. in Bischofswerda. — Postscheckkonto Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandsgirokasse Bischofswerda Konto Nr. 64

Erscheinungsweise: Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: Frei ins Haus halbmonatlich Mark 1.20, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 50 Pfg. Einzelnummer 10 Pfg. (Sonnabendnummer 15 Pfg.)

Fernsprecher Amt Bischofswerda Nr. 444 und 445. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis (in Reichsmark): Die 44 mm breite einspaltige Millimeterzeile 10 Pfg., örtliche Anzeigen 8 Pfg. Im Textteil die 90 mm breite Millimeterzeile 30 Pfg. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Plätzen keine Gewähr. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 183 — **Freitag, den 7. August 1931.** — **86. Jahrgang**

Tagesschau.

* Ab morgen Sonnabend setzt bei den Sparkassen wieder voller Zahlungsverkehr nach dem Muster des Spar- und Giroverbandes ein, wonach monatlich 300 Mark ohne Kündigung abgehoben werden können.

* Die Preußische Regierung hat allen preußischen Zeitungen einen Aufruf gegen den Volksentscheid zugestellt, den diese veröffentlichen mußten.

* Der Stahlhelm hat gegen die Art und Weise, in der der Volksentscheid in der preußischen Regierung bekämpft wird, beim Reichspräsidenten und Reichskanzler schärfsten Protest erhoben.

* Das sächsische Finanzministerium hat strenge Maßnahmen gegenüber steuersäumigen Gemeinden angekündigt.

* Die große Hitzewelle, die in den letzten Tagen über Westeuropa lag, hat überall schwere Unwetter hervorgerufen.

*) Ausführliches an anderer Stelle.

Der Kampf um die Wahrheit.

Auch der Volksentscheid um die Auflösung des Preußischen Landtags an diesem Sonntag ist ein Kampf um die Wahrheit. Wer sich zu den Streitern um Wahrheit und Klarheit, um Recht und Freiheit, die allein auf der Wahrheit sich gründen, zählt, der wird am Sonntag am Volksentscheid teilnehmen, und wird auf dem Stimmzettel den Kreis rechts neben dem „Ja" ankreuzen. Der Preußische Landtag muß aufgelöst werden und wird aufgelöst werden. Es gilt die Entthronung der Sozialdemokratie von ihrer beherrschenden Stellung im größten deutschen Lande und von ihrer beherrschenden Stellung, die sie damit überhaupt im Reich noch inne hat.

Und hält man dem entgegen, daß durch den Volksentscheid die außenpolitischen Interessen des Reiches gefährdet werden könnten, so gebietet es die Wahrheit, dazu festzustellen, daß in der Presse des Auslands allein die erklärten Feinde des Deutschtums und der deutschen Freiheit solchen Befürchtungen Ausdruck geben und damit der preußischen Sozialdemokratie eine Schützenhilfe leisten, die eigentlich hinreichend kennzeichnend ist. Wir haben gewiß keinen Anlaß, in der heutigen Zeit einer außenpolitischen Hochspannung den Erfolg der deutschen Politik zu gefährden. Aber wir sehen nach allen Erfahrungen keine Möglichkeit für einen Erfolg, wenn die Sozialdemokratie auf die deutsche Politik und damit auch auf die Außenpolitik maßgebenden Einfluß nehmen könnte. Denn darüber muß man sich klar sein, daß ein Scheitern des Volksentscheids nicht nur die Neuwahlen in Preußen hinausschiebt, sondern sich auch dahin auswirkt, daß die Sozialdemokratie gegen den erklärten Willen der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes auf längere Frist entscheidenden Einfluß auf die Reichspolitik, auf die Außenpolitik nimmt. Damit würde die Außenpolitik von einer Partei mitbestimmt, in deren Reihen Männer tonangebend sind, die sich mit dreister Erklärung von ihrem Vaterland losgesagt haben.

An eine geradlinige und erfolgreiche Außenpolitik deutscher Befreiung ist aber nur zu denken, wenn das Ausland genau weiß, mit wem es zu rechnen hat. Es ist nun einmal so, daß eine ehrliche Verständigung zwischen den Nationen nur auf Grund der gegenseitigen Achtung der freien Nationalität möglich ist. Eine außenpolitische Verständigung kann also nur von Dauer sein, wenn sie auch von deutscher Seite von Männern getragen wird, die vorbehaltlos und mit unbeugsamem Stolz sich zu ihrer Nation bekennen. So dient die Ausschaltung der Sozialdemokratie von jedem Einfluß in Preußen und Reich der Klarheit und Wahrheit auch in der Außenpolitik und damit der Möglichkeit einer kommenden internationalen Verständigung. Gerade zur Ueberwindung der gegenwärtigen Krise wäre es untragbar, wenn auf deutscher Seite eine Partei Einfluß hat, deren intimste Freunde es fertig bringen, noch heute von einer deutschen Kriegsschuld zu sprechen, wie es der Marxist Otto Bauer bei der letzten Tagung der zweiten Internationale in Wien mit dem Vorwurf gegen Habsburg und Hohenzollern fertig gebracht hat, ohne daß sich ein Widerspruch aus der deutschen Sozialdemokratie erhoben hätte. Selbst der Belgier van der Velde, ein Mitschuldiger am Versailler Diktat, hat im Gegensatz dazu der Wahrheit die Ehre gegeben, indem er sämtlichen imperialistischen Regierungen die Kriegsschuld zuschob. Um der Wahrheit auch in der Kriegsschuld willen: Ja! am 9. August.

Das Ende der preußischen Pressefreiheit.

Gewaltstreich der preußischen Regierung gegen den Volksentscheid.

Berlin, 6. August. Die preußische Staatsregierung hat heute durch die zuständigen Regierungsstellen den preußischen Zeitungen eine Kundgebung gegen den Volksentscheid am 9. August 1931 auf Grund der Notverordnung vom 17. Juli 1931 zur Veröffentlichung auf der ersten Seite an erster Stelle in Fettdruck in der nächsten zum Druck noch nicht abgeschlossenen Nummer aufgegeben. Die Kundgebung lautet:

Rechtsparteien, Stahlhelm und Kommunisten — unversöhnliche Todfeinde in unnatürlicher Paarung vereint — rufen zum Volksentscheid für die Auflösung des Preußischen Landtages auf. Parteien, deren fanatische Anhänger sich in täglichen Ueberfällen und blutigen Kämpfen gegenüberstehen, finden sich urplötzlich zusammen. Mit derselben Waffe des Zettels zum Volksentscheid wollen beide Teile das denkbar Entgegengesetzte erreichen: Die einen ein bolschewistisches, russischen Methoden nachgeahmtes Sowjetpreußen, die anderen das alte volksfeindliche Preußen des Dreiklassen-Wahl-Unrechts oder ein faschistisches Gewaltregiment. Und doch: Eines ist in der Tat den Rechts- und Linksradikalen, die hier zum Sturm auf den Preußischen Landtag einsetzen, gemeinsam, klaffen auch ihre weiteren Ziele unvereinbar auseinander: Nationalsozialisten und Kommunisten wollen das Chaos, wollen den Sturz des Bestehenden. Jeder denkt aber an die Stelle des Gestürzten seine Herrschaft zu setzen und die anderen — eben noch willkommene Bundesgenossen beim Volksentscheid — unter seine Füße treten zu können. Der Preußische Landtag würde der Verfassung gemäß ohnehin spätestens im Mai 1932 neugewählt werden.

Selbst beim Gelingen des Volksentscheides würde frühestens Anfang Dezember gewählt werden können. Wegen der kurzen unterschiedlichen Frist von vier Monaten werden nunmehr schon seit dem Februar des Jahres die politischen Leidenschaften auf das schärfste aufgestachelt, ein für das Volkswohl ungemein schädliches Beginnen in einer Zeit schwerster wirtschaftlicher Not, in der alles darauf ankommt, die öffentliche Ruhe und Sicherheit als unentbehrliche Vorbedingung für jede Möglichkeit eines Wiederaufstieges Deutschlands zu schützen. Geht es wirklich darum, zu erreichen, daß der Preußische Landtag um einige Monate früher gewählt werden soll? Nein! Vereint wollen die Links- und Rechtsradikalen, wollen Nationalsozialisten und Kommunisten das letzte große Bollwerk, die Zitadelle der Demokratie und Republik in Deutschland: Preußen, erstürmen. Mit dem Gelingen des Volksentscheids wollen sie weithin sichtbar das Flammenzeichen geben, daß das Ende der Demokratie, des Volksstaates in Deutschland gekommen sei. Der Weg soll nun frei sein zur Verwirklichung der Pläne auf Vernichtung all der Volksrechte, die nach dem Zusammenbruch von 1918 dem gesamten deutschen Volk erst die Kraft und den Mut gegeben haben, aus den Trümmern des alten Deutschen Reiches ein neues zu errichten und die Deutschen so vor der sonst sicheren Vernichtung als Staatsvolk zu bewahren.

Die Betreiber des Volksentscheides sind gewissenlos genug, der preußischen Staatsregierung die Schuld an dem schweren wirtschaftlichen Unheil aufzuladen, das jetzt über das deutsche Volk hereingebrochen ist.

In Wirklichkeit sind es die Folgen des verlorenen Krieges und der uns auferlegten Kriegslasten, die Folgen der Ruhrbesetzung und der Inflation und volkswirtschaftlich verfehlter Maßnahmen, nicht zuletzt aber auch des unverantwortlichen Gebarens unserer radikalen Parteien, ihre Bürgerkriegsspielerei und großsprecherische Revanchepolitik, die sich nunmehr zu unser aller Unglück auswirken. Nichts wäre unheilvoller, als den Urhebern des Volksentscheids oder ihren kommunistischen Bundesgenossen auch noch das Staatsruder in Preußen in die Hand zu geben.

Gelingen des Volksentscheides bedeutet: Sieg zweier für den Augenblick vereinter gegnerischer radikaler Flügel, die dann in einem erbitterten Kampf miteinander um die Endherrschaft eintreten und Staat und Wirtschaft in diesen Vernichtungskampf mit hereinreißen würden.

Ein Scheitern des Volksentscheides ermöglicht eine Weiterführung der ruhigen und stetigen Regierungspolitik in Preußen zur Aufrechterhaltung der Ordnung und als bewährte politische Stütze des Reiches bei allen Verhandlungen mit dem Ausland, die der Festigung des Vertrauens zu Deutschland und dem Wiederaufbau seiner Wirtschaft dienen.

Wer aus blindem Haß gegen die Errungenschaften der Demokratie den Sturz der Regierung der Weimarer Koalition in Preußen will, wer an die Stelle von Ordnung und Sicherheit die gegenseitige Zerfleischung der dann um die Herrschaft kämpfenden radikalen Parteien, also den Bruderkrieg im eigenen Lande, setzen will, wer die mühsam wieder angeknüpften, von der deutschen Wirtschaft zur europäischen Umwelt führenden Fäden wieder zerreißen will, wer ein Sowjetpreußen oder ein faschistisches Preußen will, der gehe zum Volksentscheid und stimme mit „Ja".

Wer dagegen für den sozialen und demokratischen Ausbau der deutschen Republik und des Freistaates Preußen ist, wer der preußischen Staatsregierung mithelfen will, uns aus dem furchtbaren Elend der Wirtschaftskrise, der Arbeitslosigkeit in hartem und zähem Kampfe wieder aufwärts zur Gesundung zu führen, wer Vernunft, Besonnenheit und tiefglühende Liebe zu Volk und Vaterland gerade in schwerster Zeit beweisen will, der folge der Parole: Haltet euch fern vom Volksentscheid, beteiligt euch nicht am Volksentscheid! Das preußische Staatsministerium.

*

In dem Aufruf liegt ein ganz grober Mißbrauch der Notverordnung vor, ein Mißbrauch zu Zwecken des Wahlkampfes, der noch dadurch verschärft wird, daß die Preußenregierung in ihrem Aufrufe nichts unterlassen und nichts vergessen hat, was die ohnehin mit Zündstoff geladene innerpolitische Atmosphäre noch weiter mit Zündstoff laden könnte. Die Kundgebung der Preußenregierung ist ein demagogischer Mißgriff der gefährlichsten Art. Besondere Zurückweisung aber verdient, wie erwähnt, die unerhörte Auslegung der Pressenotverordnung. Die Befürchtung, daß sie als Machtmittel gegen den Volksentscheid verwendet werden sollte, hat also nicht getrogen. Ja, sie ist noch schlimmere Wirklichkeit geworden, als die schwärzesten Pessimisten erwartet haben. Denn die Zeitungen zu zwingen, einen so demagogischen, einseitig parteipolitisch gefärbten, die Tatsachen entstellenden Aufruf aufzunehmen, und zwar unter der Vorschrift einer Aufmachungsmeldung im Fettsatz, war wohl in der Geschichte der Pressezwangsverordnungen aller Zeiten noch nicht dagewesen. Klingt es nicht wie blutiger Hohn, wenn die Machthaber in Preußen sich trotzdem das letzte Bollwerk der Demokratie nennen?

Obwohl die sächsischen Zeitungen natürlich nicht gezwungen sind, den Aufruf zu bringen, so veröffentlichen wir ihn, da er deutlich beweist, wie der preußische Ministerpräsident Braun rücksichtlos einseitig vorgeht.

Der Aufruf der preußischen Regierung im Spiegel der Berliner Presse.

Berlin, 7. August. (Eigene Meldung.) Die Berliner Morgenblätter bringen, entsprechend der Bestimmungen der Preußennotverordnung, den Aufruf der preußischen Regierung gegen den Volksentscheid auf der ersten Seite. Von den Blättern der hinter der Regierung stehenden Parteien, die alle den Aufruf in großer Aufmachung bringen, enthält der „Vorwärts" einen Kommentar von zuständiger Stelle, in dem gesagt wird, daß die Regierung sich nur schweren Herzens dazu entschlossen habe, ihre Kundgebung durch Inanspruchnahme der Notverordnung zu verbreiten. Die Regierung erkenne das hohe Ziel der Pressefreiheit an und werde nie ihre Hand zu einer wirklichen Verletzung der Pressefreiheit und zu ihrer willkürlichen Einschränkung bieten. In dem obwaltenden Falle aber habe sie die Gelegenheit ergreifen müssen, um zum ganzen Volke sprechen zu können.

Die Presse der hinter dem Volksentscheid stehenden Parteien nimmt in schärfster Form gegen den Aufruf und die Art seiner Verbreitung Stellung. Die meisten oppositionellen Blätter, insbesondere „Deutsche Tageszeitung" und „Berlin am Morgen", drucken den Aufruf bestimmungsgemäß zwar im Fettdruck, aber in einer sehr kleinen Schrift ab. Die Entgegnungen werden von den Blättern der Opposition dagegen in größter Aufmachung mit Ueberschriften in Blockbuchstaben gegeben.

Die „Deutsche Allg. Ztg.", die von einem Dokument der Schwäche und der Furcht spricht, nennt es eine ungeheuerliche Behauptung, den Befürwortern des Volksentscheides verallgemeinernd Gewissenlosigkeit vorzuwerfen. Das Blatt wendet sich insbesondere gegen die Haltung des preußischen Zentrumsministers und sagt, einer Zentrumspartei, die einen solchen groben politischen Unfug duldete, gebührte der allerschärfste Kampf.

Die „Börsenzeitung" bezeichnet den Aufruf als einen durchschnittlichen Artikel einer sozialdemokratischen Provinzzeitung. Das Blatt berichtet an anderer Stelle, daß einem Korrespondenzherausgeber auf eine Anfrage bezüglich des Aufrufes vom Reichsinnenminister mitgeteilt worden sei: Von dem Auflageartikel höre Ich durch Ihren Anruf das erste Wort.

Die „Deutsche Tageszeitung" bemerkt, daß die Kundgebung sich eines Tones bediene, der bei sonstiger Anwendung in der Presse zu einem Verbot durch die preußischen Verwaltungsbehörden zu führen pflege. Die preußische Regierung möge jeden Tag Zeitungspapier, das sich nicht bezahle, mit Kundgebungen pflastern. Sie werde in weitesten Teilen des deutschen Volkes nicht die Ueberzeugung ersticken, daß sie als Hauptbollwerk des Sozialismus in